

V3

# Verschiedene Anträge

**Initiator\*innen:** Landesmitgliederversammlung (dort beschlossen am: 07.04.2024)

**Titel:** Gesundheit statt Profite!

## Antragstext

1 Das Gesundheitssystem wurde in den vergangenen Jahrzehnten systematisch  
2 unterfinanziert, sodass nicht nur massenhafte Klinikinsolvenzen in Kauf genommen  
3 wurden, sondern auch durch Privatinvestor\*innen, Profite auf Kosten unserer  
4 Gesundheit gemacht werden.

5 Ambulante oder digitale Behandlungsmethoden treiben das Kliniksterben voran und  
6 werden oft als unvermeidliche Modernisierungsmaßnahmen dargestellt, für uns ist  
7 jedoch klar: über die Behandlungsmethode entscheiden nicht die Kosten, sondern  
8 der Nutzen für die Patient\*innen! Ein gutes Gesundheitssystem heißt: Das Wohl  
9 der Menschen als oberste Priorität!

## 10 Keine pauschalen Patient\*innen

11 Wie die Neoliberalisierung der Kliniken die Qualität der Gesundheitsversorgung  
12 immer weiter verschlechtert, zeigt sich besonders am Fallpauschalen-System.  
13 Bestimmt werden diese Fallpauschalen, indem für Erkrankungen Kategorien erstellt  
14 werden, die anschließend die Verweildauer der erkrankten Person im Krankenhaus  
15 entscheidet. Aus diesem Grund tendieren Krankenhäuser dazu, Patient\*innen  
16 möglichst früh zu entlassen, um den größtmöglichen Gewinn zu erzielen.

17 Eine Alternative? Gibt es! Das Finanzierungsmodell der Selbstkostendeckung wurde  
18 bis 1992 angewandt und im Zuge einer stetigen Neoliberalisierung und daraus  
19 folgenden Privatisierungen abgeschafft. Bei diesem werden Pflegesätze für  
20 Krankenhäuser nach Personal, Sachmitteln und Krankenhausbetrieb berechnet, nicht

21 etwa nach erbrachter Leistung.

22 Wir fordern: Bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung statt Fallpauschalen! Das  
23 bedeutet die Wiedereinführung einer aktualisierten Selbstkostendeckung, die  
24 Outsourcing von Kosten und Unterwanderung von Tarifverträgen verhindert, sowie  
25 eine gute Gesundheitsversorgung für alle ermöglicht.

## 26 **Gute Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen – jetzt!**

27 Katastrophale Arbeitsbedingungen und massiver Personalmangel: nicht zuletzt die  
28 Pandemie hat gezeigt, dass in NRW laut Ver.di 20.000 Fachkräfte in  
29 Krankenhäusern fehlen. Überstunden, belastungsbedingte Krankheiten und die  
30 Konfrontation mit menschenunwürdigen Verhältnissen lassen Pflegekräfte aus dem  
31 Job ausscheiden und machen ihn unattraktiv für Ausbildungssuchende.

32 Doch gerade damit die Attraktivität des Berufs wieder steigt, braucht es eine  
33 massive Entlastung der Pflegekräfte im Arbeitsalltag und damit mehr Pflegekräfte  
34 je Patient\*in.

35 Wir fordern: Solidarität statt gesellschaftlichem Druck auf die Pflege: Auch  
36 Pflegende dürfen ohne schlechtes Gewissen streiken! Es braucht mehr Personal,  
37 Entlastung und mehr Lohn jetzt!

38 Ein Reformversuch wurde 2022 mit dem Tarifvertrag-Entlastung durch die  
39 Beschäftigten von sechs Unikliniken in NRW nach wochenlangen Tarifverhandlungen  
40 erstritten. Dies war der längste Arbeitskampf in der Geschichte des  
41 Gesundheitssystems in NRW. Er legt unter anderem das Verhältnis zwischen  
42 Beschäftigten und Erkrankten auf verschiedenen Stationen fest und sieht freie  
43 Tage als Belastungsausgleich vor. Die Bilanz des Tarifvertrages ist nach einem  
44 Jahr jedoch ernüchternd. Der Vertrag konnte keine signifikanten Veränderungen  
45 bewirken: Personalmangel bleibt weiterhin bestehen und die Bewerkstelligung des  
46 Pflegeaufwands kann nicht, oder nur durch Ausbeutung von Leiharbeiter\*innen,  
47 eingehalten werden. Das Problem reicht tiefer, unsere Krankenhäuser wurden  
48 kaputtgespart: Landesweit besteht ein Investitionsbedarf von 34,6 Milliarden  
49 Euro!

50 Wir fordern: Schluss mit oberflächlichen und zögerlichen Veränderungen. Wir  
51 müssen unser Gesundheitssystem von Grund auf reformieren. Dafür muss das Land  
52 massiv investieren und dafür muss sich NRW auf Bundesebene einsetzen.

## 53 **Echte Hilfsangebote für alle**

54 Wenn es um das Wohl der Patient\*innen geht, bleibt die Situation der Menschen  
55 mit psychischen Erkrankungen jedoch unbeachtet. Das Gesetz über Hilfen und  
56 Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten ermöglicht trotz der Reformen von  
57 2017 weiterhin die drastische Einschränkung der Rechte von Menschen mit  
58 psychischen Erkrankungen, besonders in "geschützten"Psychiatrien, wo  
59 Zwangseinweisungen, -medikationen und Fixierungen traurige Realität sind und  
60 nicht selten in rechtlicher Entmündigung enden. **Hier muss auch die besondere  
61 Situation von Menschen mit chronischen Erkrankungen, neurodivergenten Menschen,  
62 behinderten und anders von Diskriminierung betroffenen Menschen besonders  
63 beachtet werden.**

64 Menschen mit psychischen Erkrankungen leiden jedoch nicht nur unter einer  
65 Stigmatisierung innerhalb des Gesundheitssystems. Auch sind Bereiche wie  
66 Psychiatrien und psychotherapeutische Angebote von einer andauernden Verknappung  
67 betroffen. Besonders für queere/LGBTQIA+, migrantisierte und von  
68 Marginalisierung betroffene Menschen stehen auch dort (intersektionale)  
69 Diskriminierung, unwissende Behandelnde oder Angst vor ärztlichen Besuchen an  
70 der Tagesordnung.

71 Wir fordern: Gesundheitssystem auf Augenhöhe statt Entmündigung! Weg mit der  
72 Diskriminierung! Es braucht einen massiven Ausbau des psychotherapeutischen  
73 Angebots - auf dem Land wie in der Stadt. Her mit echten Hilfsangeboten für alle  
74 Menschen!

## 75 **Gleiches Recht für alle bei der Gesundheitsversorgung**

76 In ländlichen Regionen werden die fehlende Unterstützung des Staates und das  
77 Kliniksterben besonders deutlich. Dies erfordert dringend entschlossene  
78 Maßnahmen. Die Aufmerksamkeit muss auf die Lage der Bewohner\*innen ländlicher  
79 Gemeinden gelenkt werden, die zunehmend mit längeren Anfahrtswegen, u.a. durch  
80 fehlende Bus- und Bahnverbindungen, eingeschränktem Zugang zu Dienstleistungen  
81 und einer schlechten Versorgung konfrontiert sind. Gerade auf dem Land  
82 verschärft der dortige demografische Wandel in Kombination mit der finanziellen  
83 Benachteiligung den Mangel an Gesundheitsdiensten.

84 Neben der Ungleichheit zwischen Stadt und Land können sich nicht mehr alle  
85 Menschen die Versorgung leisten und immer mehr ärztliches Fachpersonal zieht  
86 Privatversicherte vor. Es braucht einheitliche Regelung und keine Zwei-Klassen-  
87 Gesellschaft in der medizinischen Versorgung!

88 Wir fordern: Ob auf dem Land oder mit schmalem Geldbeutel- gute  
89 Gesundheitsversorgung für alle überall!